

Pressemitteilung

Versorgungssicherheit für Lebensmittel erfordert Anpassung von Green Deal-Zielen

Gesicherte Energieversorgung ist unverzichtbare Grundlage für Lebensmittelerzeugung

Die enge Versorgungslage bei Agrarprodukten und Lebensmitteln seit dem Vorjahr, die steigenden Energiepreise und zuletzt die massive Einschränkung im weltweiten Agrarhandel führen aktuell in vielen Regionen zu einer Ernährungskrise, deren weiterer Verlauf derzeit sehr schwer abschätzbar ist. Während in Europa bei weiter steigenden Preisen die Lebensmittelversorgung sichergestellt ist, führen die Lieferausfälle bei Getreide und Ölsaaten aus der Ukraine sowie teils aus Russland vor allem in den Ländern des Nahen Ostens, Nordafrikas und am Horn von Afrika zu einer äußerst prekären Versorgungslage bei Lebensmitteln. Auch für die nächste Zeit wird die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Lebensmitteln in den angeführten Regionen als äußerst problematisch eingestuft. In dieser Situation ist auch die EU-Landwirtschaft gefordert die dort bestehenden und sich weiter verschärfenden Versorgungslücken zumindest teilweise abzufedern. „Vor diesem Hintergrund müssen zentrale Ziele des Green Deal und der Farm-to-Fork-Strategie im Bereich Landwirtschaft mit der vorgeschlagenen Reduktion von 50 Prozent des Pflanzenschutzmittel- und 20 Prozent des Düngemittleinsatzes dringend einer entsprechenden Neubewertung unterzogen werden“, mahnt LK-Präsident Franz Waldenberger.

Politische Widersprüche nun rasch auflösen

In der aktuellen Krisensituation wird von den politischen Verantwortungsträgern auf EU-Ebene und den nationalen Regierungen ein konsequenter Ausbau der Eigenversorgung bei Lebensmitteln und der Energie eingefordert. Diese prioritäre politische Zielsetzung steht in vielen Bereichen im klaren Widerspruch zu zentralen Zielen des Green Deal, der neben einer Pflanzenschutz- und Düngemittelreduktion die generelle Herausnahme von zehn Prozent der

land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen aus der Produktion vorsieht. Selbst nach Einschätzung des wissenschaftlichen Dienstes der EU-Kommission würde diese Strategie zu einer „beispiellosen“ Verringerung der Produktionskapazität der EU-Landwirtschaft führen. Gleichzeitig würden damit Produktionsverlagerungen in EU-Drittländer verursacht, die die negativen Umwelt- und Klimaauswirkungen der Agrarproduktion nicht nur in diese Länder verlagern, sondern insgesamt in Teilbereichen sogar wesentlich erhöhen würden.

„Unsere Bäuerinnen und Bauern bekennen sich zu einer ökologisch nachhaltigen und effizienten Agrarproduktion und zu ihrer Verantwortung im Bereich der Lebensmittelversorgung. Die durch den Green Deal ausgelösten Widersprüche in den politischen Prioritäten bedürfen nun aber einer raschen Klärung, um den bäuerlichen Familienbetrieben wieder klare wirtschaftliche Perspektiven und die dringend notwendige Planungssicherheit bieten zu können“, erklärt Kammerpräsident Franz Waldenberger.

Energieversorgung ist für Agrar- und Lebensmittelproduktion zentrale Grundlage

Eine gesicherte Energieversorgung ist sowohl für viele Vorleistungen in der landwirtschaftlichen Produktion als auch für die Lebensmittelverarbeitung in Molkereien, Schlachthöfen, Zerlegebetrieben, Bäckereien sowie für die Transportlogistik bei Lebensmitteln eine zentrale Grundlage. Es bedarf daher nun rasch entsprechender politischer Prioritätensetzungen für den Fall einer notwendigen Energielenkung bei Strom und Gas im Krisenfall. Für die heurige Ernte in Österreich ist die Pflanzenschutz- und Düngemittelversorgung jedenfalls mengenmäßig sichergestellt, aber zu massiv gestiegenen Preisen für die bäuerlichen Betriebe sehr teuer erkaufte. Aufgrund der extrem hohen Energiepreise und erheblichen Lieferausfällen aus Russland, der Ukraine und Weissrussland drohen aus derzeitiger Sicht für die heurige Herbstsaat und für die Ernte des kommenden Jahres eine erhebliche Verknappung bei Düngemitteln bzw. weiter extrem hohe Preise bei den Betriebsmitteln.

„Im Falle einer staatlichen Energielenkung müssen daher klare politische Prioritäten für die Lebensmittel-Wertschöpfungskette gesetzt werden, damit in einem derartigen Krisenszenario die Lebensmittelpreise nicht völlig durch die Decke gehen“, fordert LK-Präsident Franz Waldenberger und ergänzt: „Unsere bäuerlichen Familienbetriebe setzen derzeit alles daran, die Agrarproduktion in vollem Umfang aufrecht zu erhalten. Während in anderen EU-Regionen die Agrarproduktion derzeit in mehreren Produktionssparten wegen der massiv gestiegenen Produktionskosten und der eingeschränkten Verfügbarkeit von Futtermitteln deutlich rückläufig ist, sorgen unsere Bäuerinnen und Bauern derzeit auch unter widrigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine stabile Lebensmittelproduktion und Ernährungssicherheit. Damit das auch in den kommenden Monaten und Jahren so bleibt, bedarf es aber schon jetzt klarer politischer Prioritätensetzungen zugunsten der bäuerlichen Lebensmittelproduktion“.



Bildtext: Die Sicherstellung der Lebensmittelerzeugung erfordert klare politische Prioritätensetzungen auf nationaler und europäischer Ebene, betont Präsident Waldenberger.

Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: Mag. Elisabeth Frei-Ollmann,
Tel +43 50 6902-1491, medien@lk-ooe.at